

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 M., durch die Post
bezogen 1 M. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Insertionspreis
10 Pf. pro dreizehnpaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 65.

Dienstag, den 15. August

1893.

Bekanntmachung, die diesjährigen Truppenübungen betreffend.

Nach einer von dem königlichen General-Commando anher gelangten Mittheilung sind mit Rücksicht auf den in diesem Jahre in einigen Gegenden obwaltenden Futter- und Streu-Mangel Maßnahmen ergriffen worden, welche einerseits die Sicherstellung der Bedürfnisse der lebenden Truppen bezwecken, andererseits die Einquartierungslast in jeder zulässigen Weise erleichtern sollen.

Es werden deshalb in den von dem königlichen General-Commando ausgeworfenen **Marchquartieren**, in welchen die Truppen bestimmungsgemäß die Naturalverpflegung und Fourage durch den Quartiergeber zu erhalten haben, (§ 4 und 5 des Gesetzes über die Naturalverpflegung) nur die Naturalverpflegung, nicht aber auch die Fourage in Anspruch genommen werden. Die Fourage wird einschließlich des Streustrohes (§ 10 des Regulatives zum Quartierleistungsgesetze) aus Provilantämtern oder Wandvoer-Provilantämtern geliefert werden.

Uebens wird die für Bivvaks oder enge Quartiere während der Cavallerie-Ausflüchtigungs-Übung erforderliche Fourage und das Stroh nicht durch die Truppentheile gekauft, sondern denselben, sobald es sich um Geladens oder stärkere Abtheilungen handelt, geliefert werden.

In den Fällen, in denen die Militärverwaltung das Streustroh liefert, wird seitens derselben der Stallferwis einbehalten werden.

Meissen, am 10. August 1893.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Donnerstag, den 17. ds. Mts., Nachmittags 6 Uhr,
öffentliche Stadtgemeinderathssitzung.

Wilsdruff, am 14. August 1893.

Der Stadtgemeinderath.
Ficker, Vorsitz.

Auktion.

Dienstag, den 15. August 1893 von Vorm. 9 Uhr ab gelangen in der Weichold'schen Wirtschaft in Einbach b. Wilsdruff die vollständige Einrichtung einer **Dampfschmiedewerkstatt**, darunter eine Drehbank mit Zubehör, 2 Bohrmaschinen, 2 Amboße, 1 Transmissions-, 1 Stauchmaschine, 2 Feilbänke, 5 Schraubstöcke, verschiedene Schneidkluppen, Heilen, Hammer, Dorne, Meißel, eine größere Partie **Robeisen**, halbfertige Adergeräte und Räder, ferner 1 Flieg, 1 Schreibsetretär, 1 Sopha, 1 Wäschemangel, sowie andere Möbelstücke, Haus- und Küchengeräte meistbietend gegen sofortige Baarzahlung zur Versteigerung.

Dresden, am 7. August 1893.

Der Konkursverwalter
Rechtsanwalt Gustav Müller.

Auktion.

Donnerstag, den 10. August 1893, Nachm. 1/2 Uhr kommen in Grund bei Mohren 2 Pferde (Kappen), 4 Zuchtschweine (2 mit Jungen), 8 Schafe, 2 Parzellen anstehender Hafer und ca. 50 Centner Heu zur Versteigerung
Sammelpfad Vogel'scher Gasthof in Grund.
Charandt, am 11. August 1893.

Der Gerichtsvollzieher bei dem Königl. Amtsgericht das.
A.-G.-Wachtmeister Krockner.

Tagesgeschichte.

Von einer den eben abgeschlossenen Finanzministerkonferenz nahe gestandener Seite wird der Gesamteindruck geschildert, den die Beratungen gemacht haben. Dieser soll ein sehr günstiger sein; man sei in den wenigen Tagen der Besprechungen weitergekommen, als sonst durch Monate dauernde Korrespondenz. Infolge dessen sollen die Konferenzen auch in künftigen Bedarfällen wiederholt werden. Die Vertreter des Reiches und Preußens haben, wie sich aus mancherlei Anzeichen schließen läßt, gefunden, daß auch die Finanzverwaltung der Einzelstaaten hervorragende tüchtige Kräfte besitzen; offensichtlich trägt diese Erkenntnis dazu bei, daß das Reich und Preußen in nachsendem Maße den berechtigten Interessen, insbesondere des Südens, gerecht werden. Als einen Gewinn mag man es auch bezeichnen, daß durch die Konferenz die Ansicht sich befestigt hat, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist, wonach den Reichsausgaben keine Grenze gezogen ist. Und da man selbst in den Kreisen der Finanzminister sich der Einsicht nicht verschließt, daß die irgendwie heranziehenden Steuerquellen durch die Verwirklichung der jetzt erörterten Projekte, erschöpft werden, müßte eine solche Erkenntnis dazu führen, daß man an eine Einschränkung der Ausgaben des Reiches — und hier käme natürlich das Militär in erster Reihe in Betracht — zu denken habe. Die Deutlichkeit in ihrer jetzigen Form soll nicht veröffentlicht werden, vielmehr wird dem Reichstage eine neue Denkschrift vorgelegt werden, was ganz begreiflich erscheint, da durch die Beratungen eine Reihe der zu erörternden Fragen ein ganz anderes Gesicht gewonnen haben.

Ueber die letzten Verhandlungen der Finanzministerkonferenz in Frankfurt a. M., das wichtigste Ereigniß des Tages, theilen wir nach der „Frankf. Ztg.“ noch das Folgende mit: In der von 10 Uhr bis nach 4 Uhr dauernden Sitzung ist es gelungen, sämtliche Fragen zu erörtern und soweit zu erledigen, daß eine vorläufige und grundsätzliche Einigung — wie es heißt, — in allen Punkten erzielt wurde. Es bleibt, nachdem man zu diesem Abschluß gekommen ist, noch übrig, die verschiedenen Steuerprojekte, hinsichtlich deren natürlich noch einige Meinungsverschiedenheiten bestehen, in eingehenden Verhandlungen eine besondere Commission berathen zu lassen. Die Commission soll in Berlin zusammentreten und aus den Vertretern der Regierungen und den Commissionen der Reichsverwaltung bestehen; eine beschleunigte Behandlung der Einzelfragen ist vorgesehen und es sollen die Entwürfe dem

Reichstage bei seinem nächsten Zusammentreten zugehen. Diese commissarische Berathung dürfte da gerade von besonderer Wichtigkeit sein, wo, wie das bezüglich der Börsensteuer und der Quittungsteuer der Fall ist, die ganze Frage sich noch im Fluße befindet; es steht noch zu hoffen, daß die aus den Interessentkreisen kommenden Einwände, deren Bedeutung man nicht verkant zu haben scheint, eine einigermaßen entsprechende Berücksichtigung erfahren. Die für den Süden ganz besonders wichtige Weinsteuerangelegenheit soll ebenfalls eine „befriedigende“ Lösung finden. Wie hervorgehoben wurde, ist der Widerstand, den die Regierungen weinbautreibender Staaten gegen das Reichs-Weinsteuerprojekt — abgesehen von den formalen, auf den Zollvereinvertrags sich stützenden Bedenken — geltend machten, darauf gegründet, daß der Uebergang der Weinbesteuerung an das Reich den Einzelstaaten ein ausbildungsfähiges Steuerobjekt entziehen und den Süden unverhältnismäßig hoch zu Gunsten des Nordens belasten würde, und daß ferner die Durchführung des Projektes den Wein auch da, wo er direkt Nahrungsmittel ist, treffen müßte. Gutem Vernehmen nach hat nun die heutige Berathung zu dem Ergebnis geführt, daß das Weinsteuerprojekt eine angeblich auch für den Süden acceptable Form erhalten wird. — Von anderer Seite gehen der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ noch folgende Mittheilungen zu: Die heutige Berathung der speciellen Besteuerungsobjekte beschäftigte sich ferner namentlich eingehend auch mit der Wehrsteuer und mit der Besteuerung der Zeitungsannoncen. Dem Vernehmen nach wären die Bedenken gegen die Wehrsteuer sehr überwiegend gewesen, insbesondere auch, weil sie eine unverhältnismäßige Belastung der minder besitzenden Volksschichten mit sich brächte und als eine Kopfsteuer der schlimmsten Art angesehen würde, als welche sie sich auch in Frankreich und der Schweiz darstelle. Außerdem sei die Veranlagung nach den verschiedenen Steuerystemen der Einzelstaaten ungemein schwierig, von denen eine erhebliche Anzahl ja überhaupt keine Einkommensteuer habe. Ferner wurde in Betracht gezogen, daß dadurch die Grenzen zwischen direkter und indirekter Besteuerung in Einzelstaaten und Reich alterirt werden würden. Endlich sollen auch die Schwierigkeiten einer gerechten Durchführung für diese Steuer betont worden sein, insofern, als kaum möglich sein würde, die richtige Grenze zwischen Feldbienstuntauglichkeit und Erwerbsunfähigkeit festzustellen. Ein definitiver Beschluß wurde jedoch noch nicht gefaßt. — In ähnlicher Weise wurde die sogenannte Inzeraten-

steuer behandelt; weitere Erörterungen in dieser Beziehung bleiben vorbehalten. Ueber den allgemeinen Eindruck unter den Beteiligten hören wir noch, daß er ein „höchst befriedigender“ sein soll. Es habe sich, worauf an manchen Stellen immer wieder Gewicht gelegt wird, betreffs der Hauptziele und der Art ihrer Erreichung im Wesentlichen eine Uebereinstimmung ergeben, und in dieser Hinsicht hat sich die mündliche Aussprache zwischen den Organen des Reiches und der Einzelstaaten bewährt, weil sie, wie man betont, die geeignetste Methode sei, mißverständliche Auffassungen zu corrigieren. Es habe sich auch gezeigt, daß selbst verschiedene Interessen von Staaten und Landestheilen sehr wohl auszugleichen seien, wenn gegenseitiges Entgegenkommen, allseitige Würdigung der Interessen des Reiches und die Erkenntnis obwalteten, daß diese im Wesentlichen identisch seien mit den Interessen der Einzelstaaten.

Frankfurt a. M., 10. August. Die Beratungen der Finanzminister sind heute Nachmittag geschlossen worden. Heute wurde in der Berathung der speciellen Vorschläge zur Deckung der Reichsausgaben und zur Durchführung der Reform fortgefahren. Man einigte sich auch hier über die wesentlichen Grundlagen und beschloß die detaillierte Ausarbeitung und die Erledigung einer Reihe von Spezialfragen der alsbald in Berlin zusammentretenden, aus Vertretern der wesentlich beteiligten Staaten und aus Commissaren der Reichsverwaltung niedergelassenen Commission zu übertragen. Es scheint beabsichtigt zu werden, soweit irgend thunlich, die gesammelten Gesegentwürfe gleichzeitig dem Reichstage bei seinem demnächstigen Zusammentreten vorzulegen. Alle Aeußerungen der Teilnehmer an der Konferenz zeigen, daß dieselben von den Ergebnissen der Beratungen sehr befriedigt sind. Ueber diese Ergebnisse wird mitgetheilt, daß über den Gang der weiteren Vorarbeiten für die eventuell dem Bundesrathe zu machenden Vorlagen überall ein Einverständnis erzielt ist, insbesondere auch hinsichtlich der heute berathenen Frage der eventuellen Besteuerung des Weines. Bindende Beschlüsse sind selbstverständlich nirgends gefaßt worden, da die ganzen Beratungen nur den Charakter eines vorläufigen Gedankenaustausches trugen. Die Frage der eventuellen Besteuerungen der Inzerate soll bei den Erörterungen ebenfalls gestreift sein.

Der Reichs-Anzeiger veröffentlicht folgende beherzigenswerthe Mittheilung: Wir nähern uns den Tagen, in denen vor Jahresfrist der plötzliche Ausbruch und das schnelle Umsichgreifen der Cholera in Hamburg unser ganzes Vaterland in